

Stefan Schmalz, Sarah Hinz, Ingo Singe, Anne Hasenohr

ABGEHÄNGT IM AUFSCHWUNG

*Demografie, Arbeit und rechter Protest
in Ostdeutschland*

Abgehängt im Aufschwung

International Labour Studies – Internationale Arbeitsstudien

Herausgegeben Dörre und Stephan Lessenich

Band 24

Stefan Schmalz ist Nachwuchsgruppenleiter am Sonderforschungsbereich 294 an der Universität Erfurt.

Sarah Hinz ist Doktorandin am Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Ingo Singe ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Arbeit und Politik der Universität Bremen.

Anne Hasenohr war wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Stefan Schmalz, Sarah Hinz, Ingo Singe,
Anne Hasenohr

Abgehängt im Aufschwung

Demografie, Arbeit und rechter Protest
in Ostdeutschland

Unter Mitarbeit von Leander Badura und Daniel Meyer

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Dieses Forschungs- und Entwicklungsprojekt wurde durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Förderschwerpunkt »Betriebliches Kompetenzmanagement im demografischen Wandel« (FKZ 02L12A290) gefördert und vom Projektträger Karlsruhe (PTKA) betreut. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autor*innen.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Der Text dieser Publikation wird unter der Lizenz »Creative Commons Namensnennung 4.0 International« (CC BY 4.0) veröffentlicht.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>



Verwertung, die den Rahmen der CC BY 4.0 Lizenz überschreitet, ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig.

Die in diesem Werk enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmateriale unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Quellenangabe/Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

ISBN 978-3-593-51008-8 Print

ISBN 978-3-593-44296-9 E-Book (PDF)

DOI 10.12907/978-3-593-44296-9

Copyright © 2021, 2023 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Einige Rechte vorbehalten.

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Satz: le-tex xerif

Gesetzt aus der Alegreya

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985–2104-1001).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Vorwort	7
1. Einleitung: Abgehängt im Aufschwung	11
1.1 Der Strukturbruch	13
1.2 Ein Modell auf Verschleiß	18
1.3 Die Studie: Forschungsdesign, empirische Basis und Befunde .	22
2. Räumliche Ungleichheit und demografische Differenzierung	29
2.1 Peripherisierung und Zentralisierung: Ein Klärungsversuch ...	31
2.2 Abhängigkeit, Ökonomie und Politik	33
2.3 Abkopplung: Randlage und Infrastruktur	38
2.4 Abwanderung und demografische Krise	39
2.5 Exkurs: Arbeitsmarkt und Demografie	44
2.6 Stigmatisierung und kulturelle Peripherisierung	48
3. An den Rand gedrängt: Peripherisierung in Ostthüringen	51
3.1 Das Erbe der Nachwendezeit	51
3.2 Die Herausbildung der inneren Peripherie Ostthüringens	56
3.3 Gera: Eine Stadt im Kampf gegen den Niedergang	61
3.4 Die bleibende Abstiegs Erfahrung	68
4. Die Thüringer Arbeitsgesellschaft im Umbruch	71
<i>Gemeinsam mit Daniel Meyer</i>	
4.1 Der Abschied vom »Arbeitsspartaner«	73
4.2 Niedriglohn und prekäre Lebensführung	80

4.3	Fluchtpunkt Vereinbarkeit von Arbeit und Leben	87
4.4	Das Thüringenparadox: Unzufriedenheit trotz Boom am Arbeitsmarkt	89
5.	Demografischer Wandel als <i>game changer</i> im Betrieb	93
5.1	Das betriebliche Nachwendearrangement	93
5.2	Das Unternehmen Zelva: Eine ostdeutsche Erfolgsgeschichte? .	99
5.3	Demografischer Wandel und Umbrüche im Betrieb	104
5.4	Sinkende Loyalität und verdeckter industrieller Konflikt	109
5.5	Die Vernutzung ererbter Ressourcen	114
6.	Thüringen: Das Ende der politischen Stabilität	119
6.1	Die Krise der etablierten Volksparteien und der Aufstieg der AfD	121
6.2	Auf dem Weg zur rechten »Frustregion«?	127
6.3	Schlechter Betrieb, schlechte Gesellschaft	134
6.4	Kampffeld innere Peripherie	141
7.	Die Krise des »Modells Ostdeutschland«	143
7.1	Am Scheideweg	145
7.2	Die Perspektive der inneren Peripherie	148
7.3	»Aufwertung Ost«: Eine arbeitspolitische Agenda	151
	Abbildungen	159
	Tabellen	161
	Abkürzungen	163
	Literatur	165
	Dank	183
	Autorinnen und Autoren	185

Vorwort

Kennen Sie Skellefteå? Nie gehört? Skellefteå ist eine kleine Stadt mit gut 35.000 Einwohner*innen¹ in der nordschwedischen Provinz Västerbotten. Schon der Name des Städtchens, zugleich Zentrum einer Großgemeinde mit mehr als 70.000 Menschen, ist sperrig. Politiker*innen aus Skellefteå raten, an einen populären Beatles-Song zu denken: »She loves you, yeah...« klinge fast wie Skellefteå. Das Städtchen hat aber noch andere Besonderheiten. Erfolgreich stemmt es sich seit vielen Jahren gegen eine Abwärtsbewegung, die die sozialwissenschaftliche Raumforschung als Peripherisierung bezeichnet. Gemeint ist der Niedergang von Regionen, in denen die Bevölkerung schrumpft, die Wirtschaft darniederliegt, die soziale Infrastruktur bröckelt, das kulturelle Leben zum Erliegen kommt und eine kollektive Abwertungserfahrung zu einer Unzufriedenheit führt, die sich häufig in der Wahl radikal rechter Parteien entlädt.

Nicht so in Skellefteå. Das Städtchen ist bei Industrieansiedlungen erfolgreich. Im Oktober 2017 hat das Unternehmen Northvolt entschieden, hier eine Fabrik zur Herstellung von Lithiumionen-Batteriezellen zu bauen. Im Juni 2019 wurde bekannt, dass sich die Volkswagen AG an einem Gemeinschaftsunternehmen mit Northvolt AB beteiligt. Skellefteå profitiert von der Wende zur Elektromobilität. Das ist kein Zufall, denn Stadt und Region verfügen über ein qualifiziertes Arbeitskräfteangebot.

»In der Region, die stark vom demografischen Wandel betroffen ist, wurden Migrant*innen früh von maßgeblichen Akteur*innen in Verwaltung, Politik und Wirtschaft als zentrale soziale Gruppe verstanden, um drohender Peripherisierung und Bevölkerungsverlust entgegenzuwirken. Mit dem Programm Skellefteå 2030 wird der Zuwanderung von

¹ In dem Buch wird geschlechtergerechte Schreibweise verwendet. In einigen Ausnahmefällen wird hiervon jedoch abgewichen, insbesondere wenn Items von Fragebögen empirischer Erhebungen zitiert werden, bei denen das generische Maskulinum genutzt wurde.

Migrant*innen und Geflüchteten eine Schlüsselrolle eingeräumt. Denn das Programm integriert industrie-, wohnungsbau- und bildungspolitische mit migrationspolitischen Initiativen in einem gendersensiblen und partizipativ strukturierten Programm. Prinzipiell geht es bei Skellefteå 2030 darum, auf demografische Schrumpfung nicht mit Rückbau von Infrastruktur und staatlichen Leistungen zu reagieren, sondern quasi gegen den Trend zu investieren, um eine Abwärtsspirale zu verhindern und den demografischen Negativtrend durch eine gesteigerte regionale Attraktivität und gezielte Zuwanderung zu brechen.«

So beschreibt das Forschungsteam um Stefan Schmalz die integrative, strategisch angelegte Politik in der nordschwedischen Vergleichsregion. Tatsächlich wirkt Skellefteå wie das positive Kontrastbild zu Regionen, die in den Abwärtsso einer Peripherisierung hineingeraten sind und nun große Schwierigkeiten haben, das Ruder herumzureißen. Solche Regionen finden sich hierzulande häufig in den neuen Bundesländern und sie prägen den sozialen Raum auch in Thüringen. Wie es schrumpfenden Regionen ergeht, was deren Bevölkerung umtreibt und wie die politischen Verarbeitungsformen des Niedergangs aussehen, beschreibt die vorliegende Untersuchung am Beispiel Ostthüringens und seines ehemaligen Oberzentrums, der einstigen Arbeiter*innenstadt Gera.

Die Studie zeichnet ein differenziertes Bild der Region. Zwar hat der Freistaat Thüringen nach der Wende und einer daran anschließenden schwierigen Übergangszeit einen bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufschwung erlebt; doch die Voraussetzungen dieses Erfolgs sind nicht mehr gegeben. Wirtschaftliche Prosperität und Beschäftigungsaufbau beruhen – wie in vielen ostdeutschen Regionen – auf Strategien, die vom Fachkräfteüberschuss, niedrigen Löhnen und Steuervorteilen profitierte. Die relative Schwäche von Gewerkschaften und Betriebsräten war, zumeist unausgesprochen, ein weiteres Argument für einen industriellen Aufwuchs, der jedoch überwiegend auf Aktivitäten in den hinteren Rängen von Wertschöpfungsketten beschränkt blieb. Dieses »Modell« hat sich, wie Schmalz und Kolleg*innen eindrucksvoll zeigen, überlebt – nicht nur in Ostthüringen, sondern im Osten allgemein und wahrscheinlich in der gesamten Republik.

Doch ein Umsteuern fällt schwer. Das hängt offenbar mit jener inneren Peripherisierung zusammen, die auch erklärt, weshalb die Ostthüringer Bevölkerung trotz der Aufschwungsjahre überaus unzufrieden ist. Peripherie Regionen bekommen von den Früchten wirtschaftlicher Prosperität nicht viel ab; dafür sind sie von Krisen wie der Corona-Pandemie und ihren Folgen besonders hart getroffen. Um das zu ändern, müssten diese Regio-

nen, müsste Ostthüringen in mancherlei Hinsicht werden wie Skellefteå, so jedenfalls lautet der regional- und industriepolitisch äußerst brisante Befund des Forschungsteams. Davon kann derzeit jedoch keine Rede sein, denn:

»Bisher fehlt es in Ostthüringen an einer Politik aus einem Guss: Zwar gibt und gab es erfolgreiche Einzelprojekte wie etwa das Projekt ›Perspektive Deutschland – Ausbildung und Beschäftigung im regionalen Handwerk‹ zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten, das die Ostthüringer Handwerkskammer, der Landkreis Greiz und die Arbeitsagentur Gera-Altenburg bereits im Herbst 2015 initiiert haben, aber es fehlt an einer strategischen Gesamtausrichtung.«

So heißt es im Resümee der Studie, der man viele Leser*innen wünschen kann – nicht nur in Ostthüringen, sondern auch in Erfurt und Berlin. Ein Befund der Forschungsteams besitzt politisch eine besondere Brisanz: In einer Region, die Zuwanderung aus arbeitsmarktpolitischen Gründen besonders nötig hätte, sind Fremdenfeindlichkeit und Ablehnung von Migration besonders ausgeprägt. Die Forscher*innen sprechen von einem »Migrationsparadox«. Zuwanderung wird als zusätzlicher Ausweis des Niedergangs erlebt. Das muss sich ändern, wenn es besser werden soll, machen Schmalz und Kolleg*innen unmissverständlich deutlich: »Die Integration der Geflüchteten in schulische Bildungseinrichtungen durch differenzierte Programme, Maßnahmen zum Spracherwerb, Kompetenzerwerb für ältere Geflüchtete, Kompetenzevaluation, Ausbau der Vermittlung in die Wirtschaft und durch Unterbringungsmöglichkeiten sind hierbei zentrale Handlungsfelder«, heißt es in der Studie mit Blick auf die schwedische Vergleichsregion. Eine radikal rechte Partei, die, wie die Thüringer AfD, mit einem großangelegten Re-Migrationsprogramm wirbt und dabei auch vor »wohltemperierter Grausamkeit« (Björn Höcke) nicht zurückschrecken will, agiert daher standortgefährdend. Sie profitiert von der Peripherisierung und treibt diese entgegen eigener Verlautbarungen immer weiter voran. Das jedenfalls ist das Ergebnis einer vielschichtigen empirischen Untersuchung, die hoffentlich zu einer intensiven wissenschaftlichen und politischen Debatte über die Zukunft des Ostens und der Gesellschaft insgesamt beitragen wird.

Klaus Dörre, Jena, 23.03.2021

1. Einleitung: Abgehängt im Aufschwung

Es erscheint paradox: Die Arbeitslosigkeit in Deutschland fiel vor der Corona-Krise auf ein historisches Tief. Die Arbeitslosenquote lag 2019 mit fünf Prozent so niedrig wie seit 1980 nicht. Die Wirtschaft verzeichnete mehrere Jahre Exportrekorde. Die Staatsverschuldung war lange Zeit rückläufig und erlaubte politische Handlungsspielräume. Und dennoch erreichte der Boom der vergangenen Jahre viele Menschen nicht. Vielmehr haben sich Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung und Armut bereits vor den aktuellen Krisentendenzen verfestigt. Dieser Widerspruch ist in Ostdeutschland besonders ausgeprägt. Die wirtschaftliche Talsohle der Nachwendezeit gilt als durchschritten, viele Unternehmen suchen auch jetzt geradezu händelnd nach Fachkräften. Gleichzeitig bleiben die sozialen Probleme in strukturschwachen Regionen und Städten im Osten besonders offenkundig. Diese Orte gelten als abgehängt und ausgezehrt. Angesichts eines fortgesetzten Bevölkerungsrückgangs fallen die Zukunftserwartungen für solche Schrumpfsregionen düster aus.

Im Alltagsleben vieler Menschen hat sich über Jahre hinweg eine große Unzufriedenheit aufgestaut. Ältere Ostdeutsche beklagen die Missachtung der erbrachten Lebensleistung. Jüngere können trotz verbesserter Arbeitsmarktperspektiven nicht zwangsläufig davon ausgehen, eine stabile und auskömmliche Beschäftigung zu finden. Angesichts niedriger Entlohnung und mangelnder Mitsprachemöglichkeiten am Arbeitsplatz hat sich das Ungerechtigkeitsempfinden verfestigt, und Einstellungen haben sich radikalisiert. Zusammen mit dem Vertrauensverlust in die politischen Eliten und Institutionen ist im Osten ein Gefühl von Ohnmacht und ein diffuses Gefühl von Verunsicherung entstanden. Die Wahrnehmung, »Bürger*in zweiter Klasse« zu sein, trägt nicht nur dazu bei, dass staatliche Unterstützung für Geflüchtete von großen Teilen der Bevölkerung kritisch

gesehen wird, sondern auch, dass sich Stimmungslagen zuspitzen; die gesellschaftlichen Folgen der Corona-Krise bleiben abzuwarten. Der Ärger hat sich schließlich auf der Straße und an der Wahlurne Bahn gebrochen. Die politischen Folgen sind hinlänglich bekannt: Bei den vergangenen Bundestagswahlen, Landtagswahlen und Europawahlen feierte die AfD (Alternative für Deutschland) im Osten Wahlerfolge und machte den etablierten Parteien in Bundesländern wie Sachsen mitunter sogar die Führungsrolle im politischen System strittig.

Die Bandbreite an Erklärungen für diese Entwicklungen ist groß. Sie umfasst Analysen, die eher auf sozioökonomische Faktoren wie etwa soziale Deprivation oder Abstiegsängste abheben und eine enge Verbindung zu rechten Orientierungen sehen (Streeck 2017; Lux 2018; Manow 2018; Sthamer 2018; kritisch: van Dyk u.a. 2017). Andere Ansätze diagnostizieren einen kulturellen Konflikt in der »Mitte der Gesellschaft«, um die Auswirkungen der Globalisierung und die Zuwanderung zu erklären (Lengfeld 2017; Norris/Inglehart 2019; Quent 2019). Hinzu kommen Argumentationen, die politische Repräsentationsdefizite als zentrale Triebkraft sehen und dabei sozioökonomische (Jörke/Nachtwey 2017) oder kulturelle Faktoren (Merkel/Zürn 2019) miteinbeziehen. Außerdem sind mittlerweile verschiedene Studien zur Affinität unterschiedlicher gesellschaftlicher Milieus wie der Industriearbeiter*innenschaft zur politischen Rechten (z.B. Dörre u.a. 2018; Dörre 2020) oder zum Männerüberhang bei den AfD-Wähler*innen (Berwing u.a. 2019) erschienen. Die unterschiedlichen Ansätze stehen im Dialog und Konflikt miteinander; teils werden aus den Analysen auch politische Handlungsempfehlungen entwickelt (Nölke 2018). Ostdeutschland ist dabei immer wieder im Zentrum der Aufmerksamkeit einiger Analysen. Oftmals werden hier neben der Diskussion »Kultur versus Klasse« zusätzliche Faktoren wie die der Wendeerfahrung oder auch historisch gewachsene rechte politische Strukturen reflektiert (Mau 2019: 121 ff.).

Ein entscheidender, oftmals unterschätzter Faktor in dieser Gemengelage ist die demografische Entwicklung. Die Einwohner*innenzahl Ostdeutschlands ist seit der Wiedervereinigung massiv eingebrochen und bis heute auf das Niveau des Jahres 1905 gesunken (Rösel 2019). Zwar sind das Stadt-Land-Gefälle und der Kontrast zwischen prosperierenden und stagnierenden Städten und Regionen durchaus immer wieder Thema in der Diskussion um den Aufstieg des Rechtspopulismus gewesen (Bernet u.a. 2019; Förtner u.a. 2019; kritisch: Bergmann u.a. 2018), aber die enge Verbindung mit demografischen Ungleichgewichten wurde erst in jünge-

ren Studien in die Diskussion eingebracht (Franz u.a. 2018; Salomo 2019; Richter u.a. 2019b). Der Zusammenhang ist dabei offenkundig: Urbane Ballungszentren wie Leipzig oder Jena mit steigender Bevölkerungszahl sind jünger und gelten als weltoffener als Landkreise wie das Altenburger Land oder Städte wie Dessau, die stark an Einwohner*innen eingebüßt haben (Slupina u.a. 2016). Die Entwicklung in Ostdeutschland verläuft ungleich und differenziert. Es sind gerade die alternden und strukturschwachen Orte, die Teile des Ostens zur »Frustregion« machen. Die Erfahrung von Verfall und Rückbau der öffentlichen Infrastruktur, der Frust über politische Fehlentscheidungen, die mangelnden wirtschaftlichen Perspektiven und die gesellschaftliche Stigmatisierung gehen mit einer negativen Weltsicht (»Schwarzmalerei«) einher, in der Migration von vielen Einwohner*innen als ein weiteres Anzeichen des gesellschaftlichen Niedergangs gewertet wird. Diese Beobachtung ist der Ausgangspunkt unserer Studie. Wir vertreten die These, dass schrumpfende, strukturschwache Regionen und Städte im Osten zu Kristallisationspunkten des gesellschaftlichen Unwohlseins geworden sind, die trotz vordergründig positiver Entwicklungen in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt zu einer Verfestigung rechter Einstellungen beitragen. Dabei beziehen wir uns auf das strukturschwache, aber durchaus heterogene Ostthüringen als Untersuchungsregion.

1.1 Der Strukturbruch

Die Gründe für die heutigen Ungleichheiten und Disparitäten reichen bis zur Wendezeit zurück. In Ostdeutschland haben Politik und Wirtschaft ein Modell etabliert und lange Zeit aktiv gefördert, dessen wirtschaftliche Grundlagen nun erschöpft sind. Das »Modell Ostdeutschland« beruhte in den 1990er Jahren im Wesentlichen auf der Ansiedlung von Zuliefer- und Exportunternehmen in Sektoren wie der Metall- und Elektroindustrie, die zum Großteil von westdeutschen Investor*innen kontrolliert wurden (Kowalczyk 2019: 122). Die Regulierung dieser Branchen zeichnete sich, anders als im klassischen deutschen Modell organisierter Arbeitsbeziehungen, durch eine vergleichsweise schwache Regulierung und damit einer lückenhaften Tarifbindung und betrieblichen Mitbestimmung aus (Artus 2003; Schroeder 2000; Streeck 2009: 207 ff.).

Es entstand ein Wirtschaftsmodell, das aus der Forschung zu Osteuropa bekannt ist (Nölke/Vliegthart 2009). Auch das »Modell Ostdeutschland« ist

historisch durch Direktinvestitionen aus Westdeutschland und dem Ausland sowie durch geringe wirtschaftspolitische Spielräume geprägt; ein konstitutiver Faktor sind niedrige Löhne. Im Folgenden argumentieren wir, dass dieses Modell aufgrund spezifischer subjektiver Einstellungen und Handlungsmuster möglich wurde. Diese waren durch die Nachwendezeit (insbesondere durch die hohe Arbeitslosigkeit) geprägt und sind derzeit in Veränderung begriffen – sofern es keine dauerhaften, tiefgreifenden Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt durch die Corona-Krise geben wird. Folglich beziehen wir uns bei unserer Argumentation sowohl auf sozioökonomische und institutionelle Rahmenbedingungen als auch subjektiv-politische Handlungsmuster. Folgende sozioökonomische und institutionelle Faktoren waren in den 1990er Jahren von Bedeutung:

Strukturbruch: Mit der Wiedervereinigung kam es zu einer gewaltigen industriellen Restrukturierung. Die DDR hatte eine diversifizierte industrielle Basis mit Unternehmen der Automobil-, Elektronik- und Textilindustrie (Roesler 2003). Allerdings war die Produktivität der meisten ostdeutschen VEB (Volkseigenen Betriebe) bei weitem nicht auf dem Niveau Westdeutschlands. Die Bundesregierung gründete die Treuhandanstalt mit dem Auftrag, die Privatisierung der rund 8.500 Staatsunternehmen zu organisieren (Grosser 2000: 579). Dabei wurden die großen Kombinate zerschlagen. Wichtige Unternehmenseinheiten wurden abgewickelt, profitable Teile an westdeutsche Investor*innen verkauft (Seibel 2005). Eine Folge war, dass diese mittelständischen Betriebe oftmals als Zulieferer in westdeutsche Produktionsnetzwerke integriert wurden und die Funktion einer verlängerten Werkbank für den Westen übernahmen. Bis heute ist kein Unternehmen mit Sitz in Ostdeutschland außerhalb Berlins am DAX (Deutscher Aktienindex) gelistet. Die ostdeutsche Wirtschaft ist vielmehr – noch sehr viel stärker als die westdeutsche – von kleinen und mittelständigen Betrieben geprägt. In diesem Prozess gab es einige Regionen, die besonders unter der Rosskur von Restrukturierungen und Unternehmenspleiten litten.

Verlängerte Werkbank: Die Politik vieler ostdeutscher Landesregierungen förderte das Modell einer verlängerten Werkbank, indem die Industriepolitik auf die Ansiedlung von Zuliefer- oder Exportunternehmen mit niedrigen Löhnen ausgerichtet wurde. Niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten bei gleichzeitig niedriger Produktivität wurden auf diese Weise ein Merkmal der ostdeutschen Wirtschaft und ostdeutscher industrieller Beziehungen. Die Durchschnittslöhne in westdeutschen Bundesländern wie Baden-Württemberg (3351 Euro) oder Hessen (3452 Euro) waren noch im Jahr 2019

deutlich höher als z.B. in Sachsen (2663 Euro) oder Thüringen (2576 Euro) (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2020a). Die Arbeitszeit im Jahr 2018 war mit durchschnittlich 1422 Stunden indes höher als im Westen mit 1353 geleisteten Arbeitsstunden pro Jahr. In den 1990er Jahren gelang es vielen kleinen und mittleren Unternehmen, sich mit diesem Geschäftsmodell auf dem Weltmarkt zu etablieren.

Hybride Arbeitsbeziehungen: Hinzu kam, dass die Gewerkschaften in Ostdeutschland aufgrund der Ausnahmesituation in den Nachwendejahren nur schwer Fuß fassen konnten. Die Grundskepsis gegenüber Gewerkschaften aufgrund der Erfahrungen mit der DDR-Staatsgewerkschaft FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) und die weitgehende Machtlosigkeit der Industriegewerkschaften in der Umbruchsituation nach der Wende führten dazu, dass die Mitgliederzahlen sanken und – falls überhaupt funktionsfähige Betriebsratsstrukturen existierten – diese sich in der Regel von den Gewerkschaften abkapselten (Artus 2003: 250; Hinke 2008). Flächentarifverträge erreichten nie die Breitenwirkung wie im Westen. Zum Vergleich: Nach Jahren der Erosion liegt die Flächentarifbindung der Beschäftigten im Osten bei nur noch 34 Prozent und damit zwölf Prozentpunkte niedriger als in Westdeutschland (Ellguth/Kohaut 2020).² Gerade die weißen Flecken in der Tariflandschaft trugen dazu bei, dass das Werkbankmodell die ostdeutschen industriellen Beziehungen prägte und sich zwei Regulierungswelten in den Arbeitsbeziehungen etablierten.

Fachkräfteparadies: Die Privatisierungspolitik hatte große Auswirkungen auf das soziale Gefüge. Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland schoss in den 1990er Jahren in die Höhe, erreichte im Jahr 2005 mit 20,6 Prozent ihren Höhepunkt und lag damit fast doppelt so hoch wie im Westen des Landes (elf Prozent) (Bundesagentur für Arbeit 2020). Die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit hatte nahezu den gesamten Osten fest im Griff, insbesondere ehemalige industrielle Zentren wie das einstige Bitterfelder Bergbaurevier litten unter einer historisch einmaligen Deindustrialisierung. Die Arbeitslosigkeit traf folglich vor allem Industriearbeiter*innen. Der große Pool an gut ausgebildeten Arbeitskräften wurde ungeachtet der Abwanderung vieler qualifizierter junger Menschen in den Westen zu einem Wettbewerbsvorteil für die

2 Die deutlichen Ost-West-Unterschiede sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch im Westen die Tarifbindung deutlich von 70 Prozent (1996) auf 46 Prozent (2019) sank. Der Osten übernahm bei der Transformation der Arbeitsbeziehungen jedoch eine Vorreiterrolle, er wurde von einigen Beobachter*innen sogar als »Labormaus des Westens« (Brinkmann 2003) bezeichnet.

ostdeutsche Exportindustrie (Behr 2017; Schmalz u.a. 2017). Das »Fachkräfteparadies« führte deshalb auch dazu, dass sich in einigen Regionen Pfadabhängigkeiten herausbildeten: So zeigt etwa das Beispiel von Eisenach, dass sich Opel ausgerechnet an dem Standort ansiedelte, wo der frühere Autoproduzent Wartburg beherbergt war und gut ausgebildete Mechatroniker*innen und Ingenieur*innen ihren Wohnort hatten.

Diese Rahmenbedingungen hatten verschiedene subjektiv-politische Einstellungen und Handlungsmuster als Voraussetzung:

Kollektive Abwertung: Die Wendeerfahrung ist noch heute in den Köpfen vieler Ostdeutscher präsent. Die rasche Deindustrialisierung ging mit einer Abwertungserfahrung der ostdeutschen Arbeiter*innen durch die Entwertung von Qualifikationen und die Entstehung von sozialen Notlagen einher. Neben der »statusbezogenen Deklassierung« (Mau 2019: 166) breiter Bevölkerungsschichten erfuhren viele (Fach-)Arbeiter*innen erstmals Prekarität aufgrund von Betriebsschließungen, befristeten Arbeitsverträgen und längeren Phasen von Arbeitslosigkeit (Vogel 1999). Die Lebensleistung der Arbeiter*innen wurde nicht wertgeschätzt; viele Beschäftigte sahen sich gezwungen, frühzeitig in den Ruhestand zu gehen oder Tätigkeiten weit unter ihrem Qualifikationsniveau anzunehmen. Abwertung und soziale Unsicherheit trafen nicht alle Ostdeutschen und die tatsächlich Betroffenen fraglos in unterschiedlicher Schärfe. Aber zumindest indirekt nahmen große Teile der Ostdeutschen den industriellen Kollaps als tiefen Einschnitt wahr, es entstand so etwas wie eine kollektive Abwertungserfahrung. Das Gefühl, »Bürger*in zweiter Klasse« zu sein, wird bis heute von 42 Prozent der Ostdeutschen artikuliert (Infratest dimap 2019).³

*Arbeitsspartaner*innen:* Auch auf der betrieblichen Ebene hatte die Wendeerfahrung weitreichende Folgen. Viele Unternehmen erlebten die 1990er Jahre als existenzielle Herausforderung, bei der es darum ging, sich unter großen Anstrengungen überhaupt erst auf dem Markt zu etablieren. Eine Folge war die Entstehung von »betrieblichen Notgemeinschaften« (Mense-Petermann 1996: 67) zwischen Geschäftsführungen und Belegschaften. Es herrschte ein gezwungenes Übereinkommen: Beschäftigungssicherheit ging mit Lohnverzicht und Inkaufnahme harter Arbeitsbedingungen ein-

3 Bei einer ähnlichen Umfrage in Thüringen mit einer offeneren Antwortoption (»Ostdeutsche sind an vielen Stellen immer noch Bürger zweiter Klasse.«) stimmte sogar eine breite Mehrheit von 70 Prozent zu, bei den Anhänger*innen der AfD lag der Anteil sogar bei 86 Prozent (Infratest dimap 2019).

her. Subjektiv äußerte sich diese Konstellation in einer Generation von leistungs- und verzichtsbereiten Arbeitsspartaner*innen (Behr 2000). Die Angst vor Arbeitslosigkeit wirkte disziplinierend, die Loyalität gegenüber Betrieb und Arbeitgeber*innen war hoch. Diese Haltung trug auch zur anhaltenden Schwäche der Gewerkschaften bei.

Abwanderung: Der wirtschaftliche Umbruch bedeutete auch höhere Planungsunsicherheit für viele Menschen. Eine Folge waren sinkende Geburtenraten. Sie brachen auf das sehr niedrige Niveau von weniger als ein Kind je Frau ein, um sich in den folgenden Jahren langsam zu stabilisieren (bpb 2020b).⁴ Zusätzlich wählten große Teile der Bevölkerung die *exit*-Option und wanderten auf der Suche nach Beschäftigung nach Westdeutschland ab. Alleine zwischen 1989 und 1993 gingen 1,4 Million Ostdeutsche in den Westen, um die Jahrtausendwende kam es zu einer zweiten Abwanderungswelle (Martens 2020).⁵ Die Bevölkerungsverluste trafen strukturschwache Regionen besonders hart und sind noch heute in weiten Teilen des Ostens spürbar.

Politische Lethargie und rechte Alltagskulturen: In Ostdeutschland blieben neben den Gewerkschaften auch andere Mitgliederorganisationen wie die Arbeitgeber*innenverbände und die großen Volksparteien vergleichsweise schwach verankert (Streeck 2009: Kap. 15). Die CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands) wies zwar in Bundesländern wie Sachsen und Thüringen sehr gute Wahlergebnisse auf, und auch die SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) konnte in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern Wahlerfolge feiern. Doch die PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) (und später Die Linke) etablierte sich ab den späten 1990er Jahren mit zweistelligen Ergebnissen in allen Landtagen. Gleichzeitig kam es zu punktuellen Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien. Dazu gehören die Landtagwahlergebnisse der NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) in Sachsen 2004 (9,2 Prozent) oder der DVU (Deutsche Volksunion) Sachsen-Anhalt 1998 (12,9 Prozent). Generell herrschte bis in die späten 2000er Jahre weitgehende politische Lethargie, die sich auch in einem deutlich höheren Nichtwähleranteil als im Westen widerspiegelte (Bohne 2010). Die Mon-

4 Der niedrigste Wert wurde im Jahr 1994 mit einer Fertilitätsrate von 0,77 erreicht, ab 2008 lagen die Werte kontinuierlich über 1,4 und damit höher als in Westdeutschland.

5 Allerdings sollte nicht vergessen werden, dass es bereits zu DDR-Zeiten zu einer deutlichen Abwanderung kam. Zwischen 1948 und 1989 sank die Bevölkerung der DDR von 19,1 Millionen auf 16,4 Millionen, was zu einem großen Teil auf Emigration zurückzuführen ist. Es kann durchaus von einer Abwanderungswelle zwischen 1949 und dem Jahr des Mauerbaus 1961 gesprochen werden (Martens 2020).